

Diskussionsbeitrag des stellv. Vorsitzenden der KPD, Gen Alfred Fritz, bei der Konferenz für Aktionseinheit am 15.Mai 2010

Liebe Freunde und Genossen ,

gestattet mir gleich einige Ausführungen zur Zusammenarbeit der Linken und erforderliche gemeinsame Aktionen gegen den Hauptfeind im eigenen Land.

Die Konferenz für Aktionseinheit 2008 beendeten wir mit einem gemeinsamen Aufruf und erstmalig mit der Bildung eines zentralen „Antifaschistischen Komitees gegen Krieg und Sozialraub“ in Berlin und mit der Erweiterung bzw. Aktivierung von Koordinierungskomitees in weiteren Zentren.

2008 zu unserer vorhergehenden Konferenz für Aktionseinheit hatten wir noch nicht die Bundestagswahlen, aber wir ahnten schon Böses, weil in einer Wirtschaftskrise als weitreichende Systemkrise in der Regel die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals versuchen, wenn die Gegenkräfte durch Spaltung geschwächt sind, das Ruder zu ihrem Gunsten zu drehen, daraus Kapital zu schlagen und aggressiv nach innen und außen um sich zu schlagen, und es zeigt sich im **Generalangriff**

-nach innen, mit drastischen Maßnahmen, die erst der Anfang sind, der Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen mit einer Kaltschnäuzigkeit gegenüber Werktätigen- wie von Westerwelle und Koch artikuliert-und dabei die Linkskräfte ,die sich dagegen wehren, stärker zu zersetzen, einzuschüchtern und zu

verfolgen; Versammlungsrechte immer weiter zu beschneiden, Kurz: **die Faschisierung in der Politik marschiert, denn wo man**

antifaschistische Denkmäler schleift, wie in Ziegenhals, ist es wie Bücherverbrennungen der Nazis, denn beides soll der Auslöschung fortschrittlichen Geistes und geschichtlicher Wahrheiten dienen.

Mit dem Generalangriff-nach außen, soll Stärke gezeigt, Vormachtstellungen in Europa ausgebaut, mittels Export besonders Rüstungsexport und Krediten andere Staaten in Abhängigkeit gebracht und das Militär für weitere Kriegseinsätze ausgerüstet werden. Sie verkünden immer **offener permanente Kriegseinsätze** lt. Weißbuch der Regierung zur Beherrschung materieller Ressourcen und Energiequellen anderer Staaten, die sich den neokolonialistischen Unterwerfungen widersetzen. „Tod und Verwundungen sollen unsere Begleiter sein“lt. Kriegsminister von Guttenberg. Das ist kein Horroszenario- wie Stefan Liebig meint- sondern Realität und beweiskräftig nachzulesen.

- **die Welt steht am Vorabend eines unbegrenzten Krieges, dem alles untergeordnet wird, wie Rüstung ,Staatsverschuldung ,Sozialraub und Medienverdummung, wie Michel Chodussowski am 9.Januar 2010 auf der Rosa Luxemburg- Veranstaltung einschätzte,**

- **die BRD hat sich zum Paradies für Kriminelle, Steuerbetrüger und Kapitalverbrecher entwickelt und ist führend an den Bestrebungen zur Neuaufteilung der Welt beteiligt .Den Herrschenden gelingt es nicht mehr, die Probleme der Menschen in diesem System zu lösen, deren Ursache, der menschenverachtende Kapitalismus ist..Es bewahrheiten sich Rosa Luxemburgs Vorhersagen“ Sozialismus oder Barbarei“ .**

(Nicht der Sozialismus sondern der Imperialismus war es , der Atomwaffen einsetzte, chemische Kampfstoffe Agent Orange in Vietnam einsetzte, an denen noch heute

über 3 Mio. Vietnamesen leiden, in Jugoslawien und Irak Uran-Munition verwendete, mordet und tötet, wo er nur kann, wenn er seine Interessen in Gefahr sieht.)

Viele Menschen empfinden es als unerträglich, wie Frau Merkel als ehemals aktive FDJ-lerin zur Friedensliebe in der DDR erzogen- sich unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen zu Entscheidungen für eine Kriegspolitik gewandelt hat. **Für die vielen Toten, Opfer und Leid werden sich die Verantwortlichen dem Urteil des Volkes nicht entziehen können.** Ein weiter so- wie Frau Merkel verkündet, darf es nicht geben. Die 200 Millionen- Armee der EU, die jährlich 200 Mrd. verschlingt und die Werktätigen sozial belastet, **darf nicht wieder eine Feuerwalze entfachen. Vorher müssen wir ihnen die Lunte aus der Hand schlagen! Das ist das Vermächtnis der über 50 Millionen Toten des II. Weltkrieges anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus.**

-**Unter diesen Bedingungen der Ablehnung von Faschismus, faschistischer Verbände im Innern und der Kriegspolitik** durch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, der zunehmenden **Arbeitslosigkeit** und **Verarmung** immer größerer Schichten wächst der **Unmut breiter Kreise der Werktätigen.** Er enthält sozialen Zündstoff, der zum Entflammen gebracht werden muß. Dazu ist ein **gewisser Organisationsgrad** einheitlicher Aktionen linker Organisationen und Kräfte erforderlich, zumal sich der Unmut in der Mehrzahl noch nicht in den Willen umschlägt, dagegen aktiv aufzutreten und zu kämpfen. **Zu sehr wirkt der Antikommunismus,** die Delegitimierung der DDR und Verteufelung des Sozialismus mit den Zielen, dass die Menschen keine Alternativen zum kapitalistischen Systemen erkennen sollen. Aber auch Enttäuschungen wirken bei vielen nach, daß die DDR durch Verrat und kampflos von **Entscheidungsträgern** aufgegeben wurde.

- Die zweifellos vorhandenen **Einzel- Aktionen und Aktivitäten** linker Organisationen und Kräfte konzentrieren sich noch zu sehr auf die Sammlung Gleichgesinnter in **Veranstaltungen** und **Einzel-Demonstrationen**, noch zu wenig in der Massenwirksamkeit der Öffentlichkeit. Dabei sollen die Aktivitäten der **GRH** auf dem Gebiet der Publikationen zur Verteidigung der Schutz- und Sicherheitsarbeit, zur Zurückweisung der Verleumdungen über das MfS und der Delegitimierung der DDR und des Antikommunismus nicht klein geredet werden, sie sind bedeutungsvoll.

Auch die Veranstaltungen und treffenden Einschätzungen in den Veröffentlichungen des **Rotfuchs Fördervereins**, wie auch der **GBM, des BÜSGB** und des **Freundeskreises Ernst Thälmann** sind hoch zu würdigen. Es ist selbstverständlich, daß die KPD und DKP - besonders DKP Berlin - hierbei durch verschiedene Aktivitäten einen wichtigen Platz einnehmen. Durch die Verteilung von Tausenden von Broschüren der KPD für die Jugend „Wider die Lügen zur DDR“ an Schulen und an sogenannten Gedenkstätten der Opfer der DDR wurde offensiv den Verleumdungen über die DDR entgegengetreten.

-Die **Antifaschistische Linke Berlin/ Die Antifa-Jugend** ist oft schon ein Schritt weiter in der Aktionsarbeit, wie bei den Blockadeaktionen gegen Neofaschisten auf der Straße. **Dresden** und Berlin haben die Kraft und Wirkung gezeigt, wenn **ein breites Bündnis** angefangen von der Links- Jugend bis zu linken Parteien, Organisationen, Verbänden und Vereinen stabsmäßig die Sache in die Hand nimmt. Einen herzlichen Dank den jungen Freunden als

Organisatoren des „**Bündnisses 1. Mai – Berlin bleibt Nazifrei**“, an denen die **Antifaschistische Linke Berlin führend beteiligt war**. Ich kann nur soviel sagen: Wer an den Sitzblockaden nicht teilgenommen hat, hat viel an Klassenkampfatmosphäre und den Hauch der gemeinsamen Stärke und Solidarität versäumt. Unsere Klassiker des Marxismus-Leninismus haben nicht nur Werke/Bücher geschrieben sondern waren auch bei Kämpfen auf der Straße dabei. Ich sage das deshalb, weil ich Meinungen hörte, „ich kann nicht teilnehmen, ich muß am Buch schreiben“.

Liebe Freunde - Ein weiter so kann und darf es aber nicht geben! Dresden und Berlin lehren uns, wir können, wenn wir gemeinsam handeln, Fortschritte zur Zurückdrängung der Neofaschisten und der reaktionären Politik erzielen. **Und darum geht es heute bei aller Notwendigkeit der eigenständigen und vielfältigen Maßnahmen der einzelnen Organisationen. Es erhebt sich die Frage: Wie müssen wir gemeinsam und machtvoller von der Verteidigung in die Offensive kommen und wodurch vor allem öffentlichkeitswirksamer wahrgenommen werden ?** Welche Kampfmittel müssen wir einsetzen **gegen die Faschisten im Nadelstreifen**, gegen ihre Politik der Aggression nach innen und außen mit zunehmenden faschistischen Tendenzen ? Wir gehen davon aus: **Antifaschistischer Kampf ist dem Wesen nach antiimperialistische Bewegung, antiimperialistischer Kampf, denn Faschismus, faschistische Tendenzen, werden immer wieder von den aggressivsten, extremistischen Kräften des Monopolkapitals und Militaristen hervorgebracht bzw. angestrebt, wenn sie nicht anders mehr ihre Macht behaupten können. Dabei** steht im Mittelpunkt insbesondere **die Kriegspolitik**, die eng mit dem **Sozialraub** gegenüber den Werktätigen verbunden ist. Das Verbot des Angriffskrieges lt. Artikel 26 GG und die Friedenspflicht lt. 2+ 4 Vertrag gilt es durch **permanente Aktionen auf der Straße** zu verteidigen, wozu je eine Organisation überfordert wäre. **Ein Sturm der Entrüstung gegen das Töten großer Bevölkerungsteile in Afghanistan muß sich in Aktionen umschlagen. Wie wäre es beginnend mit dem Mittwoch dem 1. September, der für uns immer noch Weltfriedenstag ist, Mahnwachen an Zentren zu organisieren und zu prüfen ob wir gemeinsam mit Friedensorganisationen im September bzw. Oktober zur großen Friedensdemo in Berlin aufrufen** gegen die Kriegspolitik, für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Beendigung des dortigen Krieges. Über diese Fragen sollte im Antifaschistischen Komitee beraten und mit Friedensorganisationen Rücksprache geführt werden. Gehen wir davon aus, daß ein Erfolg zur Zurückdrängung der Kriegspolitik bereits Grundpfeiler des imperialistischen Systems erschüttern.

Gleichzeitig müssen wir die **Antifaschistische Aktion gegen die Neofaschisten auf der Straße zusammen mit der antifaschistischen Links- Jugend überall dort** organisieren, wo die staatlichen Organe den Faschisten Zusicherungen ihrer Aufmärsche geben. Das alles setzt eine **koordinierte Arbeit** in den örtlichen Koordinierungsgremien unterschiedlicher Bezeichnungen/ in Berlin das zentrale „**Antifaschistische Komitee gegen Krieg und Sozialraub**“ voraus, die durch Gewinnung weiterer Organisationen einschließlich von Gewerkschaften und der Antifasch. Linke Berlin wirksamer werden sollten. Mit dem Antifa-

Komitee haben wir **Fortschritte erzielt bei der Organisierung gemeinsamer Veranstaltungen und bei der gegenseitigen Unterstützung**. Es kam bei vielen Bevölkerungskreisen gut an, wenn linke Parteien, Organisationen, Vereine zu geschichtsträchtigen besonderen Ereignissen **gemeinsam** auftraten. Dabei hat jede Organisation nicht etwa an Ansehen verloren sondern gewonnen. Die Säle waren überfüllt. Der Flyer zum 8.Mai mit der Übersicht aller zentralen Veranstaltungen und Ehrungen wurde vom Antifa-Komitee entwickelt und mit persönlichen Engagement vom Vorsitzenden des RotFuchs-Förderverein Rolf Berthold organisiert. Ein herzliches Dankeschön lieber Rolf auch an dieser Stelle. Der Vorstand Die Partei „Die Linke“ gab uns abermals bei dieser Sache einen Korb. **Im Antifa-Komitee sind bisher vertreten:** OkV, mit GBM ,GRH, ISOR, RotFuchs; BÜSGM, FDJ, Freundeskreis E. Thälmann, DKP, KPD, Freidenker-Verband. In Verhandlungen stehen wir mit der FRIKO Berlin und der Antifaschistischen Linken Berlin. Mit der ALB wollen wir zumindest Aktionen gegen die Neofaschisten auf der Straße abstimmen und uns bei bestimmten Maßnahmen unterstützen. **Die GBM hat diesen Prozeß mit der Jugend gefördert.**

Eine gute Arbeit leistet das Koordinierungsgremium **Dresden**, das KAD mit dem **Revolutionären Freundschaftsbund Dresden** als Kern mit Gerd Hommel. Auch in **Frankfurt/Oder** mit unserem Genossen Werner Schleese wird eine gute Arbeit im gemeinsamen Auftreten bei Veranstaltungen geleistet, was auf **gemeinsame Aktionen** noch weiter auszudehnen wäre. In der Regel bestehen Koordinierungsgremien aus DKP, KPD, KPF, RotFuchs, sowie aus einzelnen Vertretern der Partei Die Linke, wie in **Erfurt, Zeitz,(dort gibt es einen offenen rundenTisch Zeitz)in Magdeburg, Halle- Bernburg. In Hannover** gibt es das Bündnis für soziale Gerechtigkeit, in dem auch die ASTA der Universität, SDAJ und Linksjugend vertreten ist und bei Kommunalwahlen antritt. In Berlin-Treptow/Köpenick, Bitterfeld/Wolfen, Rostock und Neubrandenburg gibt es darüber hinaus anzuerkennende Aktivitäten in sozialen Bündnissen. Es kommt darauf an, auch Gewerkschaftsvertreter mit ins Boot zu holen, **in Berlin zentral Vertreter Die Linke zur Mitarbeit** zu bewegen, sie sollten den Alleinvertretungsanspruch als Linke aufgeben und sich mit anderen Linksparteien an den Tisch zu setzen zur **Zusammenarbeit bei Minimalforderungen**, wie im Aufruf enthalten. Das schließt ja ideologische Auseinandersetzungen über Programme und politisches Verhalten nicht aus, zumal wenn einflußreiche Kräfte in dieser Gesellschaft angekommen sind und kapitalistisches Profitstreben unterstützen. Wir werden natürlich nicht aufhören, den Antikommunismus zu entlarven. Aber zu aktuellen Lebensfragen des Volkes im Kampf gegen den Hauptfeind sollten wir die Kräfte zusammen führen. **Die Vertreterversammlung von ISOR am 6./7. November2009 forderte mit Recht am eindeutigsten**, wörtlich „Wir rufen unsererseits unsere Mitglieder in der Partei Die Linke sowie in anderen linken Parteien und Bewegungen auf und bitten sie, nach Maßgabe ihrer Kräfte beharrlich auf die Zusammenarbeit linker Parteien, der Gewerkschaften und der Sozialverbände zur Schaffung einer stabilen Aktionseinheit hinzuwirken.“

Ich kann nur für die KPD sagen, wir stehen dazu!. Denn wir betrachten die Aktionseinheit der Arbeiterklasse mit ihren Organisationen und die Schaffung eines breiten

antifaschistisch/antiimperialistisch-demokratisches Bündnisses als eine Gesetzmäßigkeit zur Schaffung von Mehrheiten zur Überwindung des Imperialismus und Entwicklung zum Sozialismus. Ohne sie hätte es die DDR nicht gegeben, deren Errungenschaften wir schätzen und verteidigen und dazu brauchen wir nicht noch mehr kommunistische Gruppierungen als wir schon haben sondern die beiden- unter unterschiedlichen Bedingungen entstandenen- Kommunistische Parteien- die DKP und KPD- sollten auf der Basis eines marxistisch-leninistisches Programm die Grundlage bilden für eine einheitliche kommunistische Partei Deutschlands.

Durch das gemeinsame Vorgehen zu Minimalforderungen auch mit Angehörigen der Partei Die Linke ist zu erreichen, Werktätige in Betrieben für **politische Streiks** zu gewinnen und Artikel 6 Ziffer 4 der **Europäischen Sozialcharta** einzufordern, wonach die Beschränkung von Streiks auf tarifliche Ziele unzulässig ist. Artikel 9 Absatz 3 des GG. fordert ja auch Koalitionen nicht nur für **Arbeits-** sondern auch für **Wirtschaftsbedingungen.** (Hartz IV/ Rente mit 67 sind z.B. Wirtschaftsbedingungen)

-Ernst Thälmann rief 1932 und in seiner letzten Rede am 7. Februar 1933 zur Antifaschistischen Aktion auf und entwickelte solche Aufgabenstellung, wie:

- .Eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen organisieren,*
- . Die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes,*
- . Die vielen Teilaktionen und Teilkämpfe zum großen Massenstreik, ja zum Generalstreik steigern,*
(einzelne Gewerkschaftsbereiche haben schon politische Streiks gefordert)

Wenn auch z. B. für die letzten Forderungen noch Bedingungen fehlen, so gibt es doch Erfahrungen breite Kreise der Bevölkerung auf die Straße zu führen oder den Massenwiderstand sichtbar zu machen, wie bei Ostermarschbewegungen und Proteste gegen den Koreakrieg, gegen Atomwaffenstationierungen und Aufrüstung.

- .Denken wir an ununterbrochene **Mahnwachen***
in der Nähe von Touristen-Schwerpunkten
- . **schwarze Fähnchen** an Autos/Antennen*

Oppositionelle und Konterrevolutionäre waren da oft ideenreicher, als es gegen die DDR ging. Eine einzelne Organisation ist hierzu überfordert, gemeinsam schaffen wir es!

Ein weiter so- geht nicht! Wir müssen die Proteste bündeln und aktivieren. Unsere nachfolgende Generation wird es uns nicht verzeihen, den antifaschistisch/antiimperialistisch-demokratischen Kampf nicht wieder gemeinsam aufgenommen zu haben. Nur so können wir gewinnen. Der Kampf der griechischen Werktätigen ist auch unser Kampf.

Aktionseinheit- ist das Gebot der Stunde!